



Jochen Mack

ZUSAMMEN.

VIELFALT.

LEBEN!

Wie eine inklusive
Gesellschaft gelingen kann!

 oekom

Inhaltsverzeichnis

1	Ja. Und jetzt?	7
2	Inklusion – eine schöne und notwendige Vision	17
3	Inklusion – der missverstandene Begriff	23
4	Zauberwort »Diversität«: Kommt Inklusion jetzt von alleine?	31
5	Wo und wie geschieht Exklusion in unserer Gesellschaft?	35
5.1	Die Verachteten: Exklusion durch Armut	36
5.2	Die Bemitleideten: Exklusion aufgrund einer Beeinträchtigung	43
5.3	Die Fremden: Exklusion aufgrund einer Migrationsgeschichte	50
5.4	Die Unverstandenen: Exklusion aufgrund psychischer Erkrankung	53
5.5	Die Vergessenen: Exklusion durch Einsamkeit nicht nur im Alter	56
5.6	Die Beneideten: Die selbst gewählte Exklusion der Schönen und Reichen	59
6	Das passiert, wenn Menschen ausgeschlossen werden	65
6.1	Anpassung an scheinbar erwartete Rollenbilder	65
6.2	Exklusion verstärkt sich selbst	66
6.3	Keine Möglichkeiten einer offenen Begegnung	66
6.4	Keine Identifikation	69
6.5	Verschleuderung von Talenten und Ressourcen	70

7	Viele kleine und große Schritte gehen	73
7.1	Demokratische Mitwirkung	80
7.2	Verteilungsgerechtigkeit	93
7.3	Wohnen	97
7.4	Es gibt viel zu tun in der Arbeitswelt	106
7.5	Bildung	134
7.6	Kultur breiter denken	148
7.7	Freizeit	158
8	Anpacken – auf allen Ebenen	167
9	Nachwort	171
10	Weiterführende Links und kurze Beschreibung von Initiativen	173
11	Literaturverzeichnis	177

Ja, unsere Gesellschaft besteht aus vielen sehr unterschiedlichen Menschen ... und sie schafft es nicht, mit dieser Unterschiedlichkeit angemessen umzugehen und allen Menschen gerechte Lebensbedingungen zu geben.

Ja, fast alle Staaten dieser Erde und so auch Deutschland haben die Behindertenrechtskonvention unterschrieben ... und noch immer sind wir Lichtjahre davon entfernt, inklusive Strukturen geschaffen zu haben.

Ja, Deutschland hat ein ausgeklügeltes und differenziertes Wohlfahrtsystem ... und doch wächst jedes fünfte Kind in Armut auf.

Ja, im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird versprochen, für eine »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse« zu sorgen ... und noch immer kann an einer Adresse abgelesen werden, wie die Wohnverhältnisse, die Bildungsmöglichkeiten von Kindern und die Aufstiegschancen von Menschen sind.

Ja, diese Liste ließe sich endlos fortsetzen, denn an vielen Stellen klaffen der Anspruch, den sich unsere Gesellschaft gegeben hat, und die konkreten Lebensbedingungen weit auseinander. Ziel unser aller Bemühungen wäre ein Zustand, in dem es keine Rolle spielt, wo eine Person aufgewachsen ist, welche Talente und welche Beschränkungen sie hat und aus welchem Elternhaus sie kommt. In einer gerechten Gesellschaft müsste die einzig mögliche Antwort auf Fragen nach Herkunft, Behinderung, finanziellen Möglichkeiten, Alter oder Elternhaus lauten: »Ja und?«

Das ist die sehr verkürzte Beschreibung einer inklusiven Gesellschaft, in der viele der noch immer bestehenden Hürden abgebaut sind und alle Personen einen gleichberechtigten Zugang zu den wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft bekommen.

Und ja, es ist erstaunlich: Der Begriff der Inklusion beschreibt eine vielversprechende und für alle sinnvolle Vision einer Gesellschaft, in der es so wenig Barrieren wie möglich gibt. Trotzdem ist der Begriff negativ besetzt,

und es werden vor allem Augenbrauen hochgezogen, wenn er fällt. Auf der einen Seite sind Aktivist:innen meist zu Recht enttäuscht über die geringen Fortschritte, die trotz großer verbaler Befürwortung einer inklusiven Gesellschaft und vieler Anstrengungen auf allen Ebenen erreicht werden. Auf der anderen Seite fühlen sich manche überfordert, die in der Praxis Inklusion voranbringen wollen oder sollen. Dies ist zum Beispiel aus den Kollegien an Schulen zu hören, in denen inklusiv beschult werden soll.

Dass das so ist, lässt sich aus dem Verlauf der politischen (Nicht-)Debatte bei der Einführung dieses umfassenden und anspruchsvollen Leitbilds erklären – nichts anderes ist das Bild einer inklusiven Gesellschaft. So wurde in einer Nachtsitzung im Jahr 2008 mit wenigen Abgeordneten im Deutschen Bundestag beschlossen, dass Deutschland der UN-Behindertenrechtskonvention beitreten wird. Dies war ein wichtiger Schritt, den Gedanken der Inklusion hierzulande zu etablieren.

Dieser Beitritt und der damit verbundene politische Prozess haben zu riesigen Hoffnungen, vielen Missverständnissen und falschen Interpretationen geführt. Und es gibt natürlich Abwehrmechanismen dagegen, dass vieles in unserer Gesellschaft hinterfragt und – wenn nötig – vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss.

Deshalb ist es an der Zeit, das Thema Inklusion aus der ideologischen Sackgasse zu holen und auf verschiedene Handlungsebenen zu kommen. Es ist im Interesse der ganzen Gesellschaft, dass Hürden und Schranken abgebaut werden. Dieses Buch will Wege zeigen, wie das gehen kann. Die Themen sind sehr komplex, da unterschiedliche Faktoren und Interessengruppen eine Rolle spielen und die Bereiche oft miteinander verknüpft sind. Es müssen also verschiedene Knoten entwirrt werden. Das ist wichtig, denn eine verkrampfte und verknotete Gesellschaft kann auf keinen Fall eine inklusive Gesellschaft werden.

Worauf bezieht sich Inklusion eigentlich?

Der Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Frage, wo in unserer Gesellschaft Exklusion, also Ausgrenzung, geschieht. Und dabei geht es um weit mehr als um Menschen mit Behinderungen. Denn auch aufgrund von finanzieller Armut, einer psychischen Erkrankung, einer Herkunft aus einer anderen Kultur oder eines besonderen Aussehens wird Personen der Zugang zu Teilbereichen der Gesellschaft verwehrt. Inklusion muss also viel breiter gedacht und angegangen werden. Im Kern geht es um einen gleich-

berechtigten Zugang zu zentralen Lebensbereichen, und es kann allen passieren, dass sie punktuell oder dauerhaft von einem oder von mehreren ausgeschlossen sind.

Und was ist jetzt das Neue?

Inklusion bedeutet, dass sich die Gesellschaft mit ihren Strukturen so verändert, dass die Hürden aus dem Weg geräumt werden, die Menschen von bestimmten Bereichen ausschließen. Die Leitidee von Inklusion beschreibt also einen revolutionären Ansatz: Es geht nicht mehr darum, wie sich die »Ausgeschlossenen« oder »Abgehängten« verändern oder anpassen müssen, damit sie (wieder) dazugehören zur großen Gemeinschaft, sondern die Bringschuld liegt bei den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, den kleinen und großen Organisationen und nicht zuletzt bei der Politik, die deren strukturellen Rahmen gestaltet.

Und das hat riesige Auswirkungen. Was das bedeutet, werde ich exemplarisch an einzelnen Bereichen wie der Arbeitswelt, dem Bildungssystem, der Kultur, der Organisation von Freizeitangeboten oder etwa der Teilhabe an demokratischen Prozessen aufzeigen. Denn auch das ist vielfach neu: Bei Inklusion geht es beileibe nicht in erster Linie um das Thema Bildung, sondern sie umfasst alle Lebensbereiche.

Die Gefahr aller Inklusionsdebatten ist, dass die eigentlich gute Idee zerrieben wird zwischen denen, die gar nichts ändern wollen oder können, und denjenigen, denen Fortschritte zu langsam gehen, weil sie (noch) immer keine umfassende Inklusion bringen, oder denjenigen, die an Institutionen zweifeln, die viel von und über Inklusion reden, aber nicht an grundlegenden Reformen interessiert sind.

Und warum jetzt dieses Buch?

Ein Blick in die Bücherregale zeigt, dass es fast ausschließlich pädagogische Bücher sind, die über Inklusion geschrieben wurden. Es gibt Werke zu Inklusion in der Medienpädagogik, in der Erlebnispädagogik oder allgemein zu Inklusion in der Schule. Auffällig ist, dass es einige Bücher gibt, die Inklusion kritisch sehen (zum Beispiel *Die Inklusionsfalle* von Michael Felten, der sich aber ausschließlich auf Schule bezieht), aber kaum solche, die ein positives Bild einer Gesellschaft zeichnen, die Hürden und Barrieren abbaut und damit viele neue Zugänge eröffnet und das Leben bunter macht. Das will ich versuchen.

Im Mittelpunkt stehen Fragen wie diese: Wie schaffen wir es, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf einen guten Beruf haben wie solche, deren Großeltern schon hier geboren wurden? Wie können wir es hinbekommen, dass sich von öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen mehr Menschen angesprochen fühlen als aktuell, in denen sich nur eine vergleichsweise kleine Gruppe sehr gut gebildeter Menschen einfindet? Und wie gelingt es uns, dass sich in unserer Demokratie unterschiedliche Personengruppen in den Parlamenten wiederfinden und es dort Abgeordnete gibt, die deren Ansichten vertreten?

Ich will also auf verschiedenen Ebenen an Beispielen zeigen, wie sich etwas ändern und bewegen kann in einer Gesellschaft, die sich auf das Abbauen von Hürden spezialisiert und die konsequent das Ziel verfolgt, dass sich die Menschen frei entfalten, ihre Fähigkeiten einbringen und selbstbestimmt entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Da passiert in den letzten Jahren schon einiges, es müssen aber entschiedener und umfassendere Schritte gegangen werden, als dies aktuell geschieht. Es geht also nicht um ein Entweder-oder, sondern darum, welche großen und kleinen Schritte jetzt folgen müssen, um die vielen Bemühungen weiterzubringen und langfristig erfolgreich machen zu können. Damit dies gelingt, müssen wir das »ja, aber« überwinden. Nur eine mutige Gesellschaft, die sich etwas zutraut, wird zu einer inklusiven Gesellschaft werden können, denn es gilt, viel zu verändern. Das wird manchen Personen und Institutionen etwas oder viel zumuten. Es wäre aber schade, wenn die große Idee der Inklusion wegen zu viel Bedenkenträgerei stecken bliebe.

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich zu Beginn mein Verständnis von Inklusion vorstellen und dann verschiedene – aus meiner Sicht – Missverständnisse und Engführungen des Begriffs beschreiben, die im Umlauf sind und die Diskussion sehr belasten.

In dieses Buch fließen viele Erfahrungen ein, die ich privat und auf meinen beruflichen Stationen gesammelt habe. Als Geschäftsführer der einsmehr gGmbH aus Augsburg, die sich um das Thema »inklusive Arbeitswelt« bemüht, sehe ich viele Potenziale, aber auch Grenzen. Ausdrücklich möchte ich festhalten, dass ich dieses Buch aus meiner persönlichen Sicht der Dinge schreibe und nicht als Vertreter der einsmehr gGmbH, für die ich tätig sein darf.

Der Anspruch dieses Buches ist es, verschiedene Diskussionsstränge zu verbinden und gemeinsam zu diskutieren. Zu jeder dieser Fragestellungen

gibt es eigene dicke Bücher. Die Lösungsansätze werden aber zu selten miteinander in Beziehung und zu einer gemeinsamen Umsetzung gebracht. Hier will ich ansetzen. Anders formuliert: Es soll kein umfassendes und immer neutrales Sachbuch sein, sondern auch meine subjektive Sicht der Dinge wird einfließen. Und deshalb sind die Beispiele oft aus meinem eigenen Lebensumfeld.

Ich will in meinem Text deutlich machen, wenn bei einem Wort Männer, Frauen und nonbinäre Personen gemeint sind. Dies hat den Hintergrund, dass ich verhindern will, dass zum Beispiel weibliche Rollen durch die Verwendung einer männlichen Bezeichnung unsichtbar werden. Ich habe mich für die Schreibweise mit Doppelpunkt (also zum Beispiel Schüler:innen) entschieden. Diese hat den Vorteil, dass sie auch für blinde Menschen verständlich ist, die sich den Text am Bildschirm vorlesen lassen, denn dann wird automatisch eine Pause mitgelesen, sodass klar wird, dass es sich im Beispiel um Schülerinnen und Schüler handelt.

Prolog

Sechzig junge Erwachsene diskutieren über Wohnen, Arbeiten oder Partnerschaft, sind in Workshops künstlerisch tätig, feiern in einer Disco und verbringen gemeinsame Stunden ohne Programm. Sie tun dies auf der ersten bundesweiten Tagung für junge Menschen mit Downsyndrom in Augsburg.

Auffällig ist: Obwohl sich die jungen Menschen vorher nicht kannten, begegnen sie sich ohne Vorbehalte. Sie äußern direkt ihren Unmut oder ihre Begeisterung. Werden Freiwillige gesucht, bildet sich schnell eine lange Schlange. Kann jemand etwas gut, gibt es direkt neidlose Anerkennung und stürmischen Beifall. Überall ist eine gut gelaunte Anarchie zu spüren.

Stellen wir uns vor, dass sich gleichaltrige junge Menschen ohne Downsyndrom ein Wochenende lang unter gleichen Umständen begegnen: Es würde mit größter Wahrscheinlichkeit anders verlaufen. Die Männer und Frauen würden sich mehr vergleichen, es wäre eine Angst im Raum, etwas falsch zu machen oder gar sich zu blamieren, und wahrscheinlich würden sich schnell Grüppchen und Hierarchien bilden.

Was kann man da jetzt über Inklusion lernen?

Auf den ersten Blick lässt dieses Wochenende keine Rückschlüsse zu über das Thema Inklusion, denn es war nicht inklusiv ausgerichtet – Menschen mit Downsyndrom waren unter sich. Beim genauen Hinschauen werden aber Spuren erkennbar, die darauf hinweisen, was diese Erfahrungen mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft gemeinsam haben könnten:

Spur 1: Es darf auch nicht inklusiv sein.

Die aufgeweckte Fröhlichkeit der sechzig jungen Menschen mit Downsyndrom bei ihrem Wochenende in Augsburg zeigt: Die Wege in eine inklusive Gesellschaft können sehr unterschiedlich sein. An manchen Stellen ist es gut, wenn sich Personen mit unterschiedlichen Hintergründen begegnen und gemeinsam etwas voranbringen. Für andere Fragestellungen ist es hilfreich, wenn Menschen zum Beispiel mit einer Beeinträchtigung unter sich bleiben, denn in einem geschützten Rahmen können manche Themen offener bearbeitet werden. Die Frage, welches Setting gewählt wird, muss jeweils individuell beurteilt werden. Eine dogmatische Herangehensweise, dass eine inklusive Gesellschaft nur dann gegeben ist, wenn in diesem Beispiel Menschen mit und ohne Behinderung zusammentreffen, ist wenig hilfreich und wird vielen Individuen nicht gerecht.

Spur 2: Es geht um individuelle Entfaltungsmöglichkeiten.

Das kleine Beispiel zeigt sehr deutlich, dass Menschen nicht nur dann zufrieden sind, wenn sie die allgemein üblichen Schritte einer Biografie gegangen sind. In unserer Gesellschaft gelten der Abschluss von Ausbildungsgängen, eine berufliche Karriere, eine stabile und langjährige Partnerschaft und eine selbstbestimmte Wohnform für die meisten Menschen als wichtige Voraussetzungen, um gesellschaftliche Anerkennung und das Gefühl von Zufriedenheit erreichen zu können.

Aber es gibt andere Konstellationen, in denen ein Mensch ein erfülltes und zufriedenes Leben führen kann. Das zeigen nicht nur die jungen Menschen mit Downsyndrom, sondern auch andere, die bewusst auf Karriere und materiellen Reichtum verzichten, um ein Leben zu führen, das sie erfüllt und zufrieden macht.

Personen ohne Erwerbsbiografie sind also keine Menschen zweiter Klasse. Sie durchbrechen die Logik von standardisierbaren Lebensläufen und zeigen, dass Glück erreicht werden kann ohne eine berufliche Karriere. Schon

aus diesen Überlegungen wird deutlich, dass Inklusion nicht bedeuten kann, Menschen in gesellschaftliche Schablonen zu pressen, damit ihre Biografien einem »Normalbild« entsprechen, sondern – und das ist eine viel anspruchsvollere Aufgabe – es muss darum gehen, oft individuelle Ausgrenzungen zu beseitigen und Zugänge zu Bereichen zu schaffen, die aus verschiedenen Gründen bisher verschlossen sind.

Eine beachtliche Zahl von Menschen mit Beeinträchtigung wünscht sich zum Beispiel eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und scheitert an verschiedenen Hürden. Dies empfinden sie als Zurückweisung, die sie unzufrieden oder unglücklich macht. Deshalb ist es unumstritten, dass es viele verschiedene und mehr Anstrengungen geben muss, damit auch dieser Personenkreis eine würdige und vor allem angemessen bezahlte Arbeit findet und so weit wie möglich selbstbestimmt leben kann. Das muss weiterhin vorangetrieben werden und betrifft mit Sicherheit nicht nur Menschen mit einem körperlichen oder kognitiven Handicap.

Spur 3: Es geht um mehr als Behinderung.

Allgemein gilt, dass nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen an gesellschaftlichen Barrieren leiden. Auch andere Personen(gruppen) werden aufgrund bestimmter Voraussetzungen oder Einschränkungen von wichtigen Bereichen des Lebens ausgeschlossen. Dies kann eine Migrationsgeschichte sein, die Herkunft aus einer ökonomisch schwächeren Familie oder eine psychische Erkrankung. Auch alte Menschen fühlen sich oft ausgeschlossen von wichtigen Gesellschaftsbereichen. Diese biografischen Voraussetzungen können sich gegenseitig verstärken und sind oft miteinander verwoben.

Allerdings führen diese Faktoren nicht automatisch zu Benachteiligungen. So haben Kinder aus ökonomisch gut gestellten, zugewanderten Familien gute Bildungs- und Karrierechancen. In anderen Konstellationen wirkt sich eine Migrationsgeschichte aber durchaus hinderlich auf die Möglichkeiten eines Menschen aus, weil zum Beispiel Sprachbarrieren oder kulturelle Vorstellungen den Zugang zu gesellschaftlichen Bereichen erschweren oder verunmöglichen.

Spur 4: Es geht um Glück.

Die Beobachtungen vom Wochenende in Augsburg sind also deshalb interessant, weil sie im Prinzip der gängigen Vorstellung von Glück in unserer Gesellschaft widersprechen. Denn die jungen Menschen absolvieren in den

meisten Fällen nicht die Schritte, die zu einer »normalen« Biografie gehören und die als Voraussetzungen für ein glückliches oder zufriedenes Leben gelten. Aber obwohl sie meist keine Stelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, nicht eigenständig wohnen und verschiedene andere Vorstellungen nicht realisieren, wirken sie insgesamt zufrieden. Eine Studie aus den USA ermittelte sehr hohe Werte für Zufriedenheit in der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens von Menschen mit Downsyndrom (Skotko et al. 2011): Hier gaben 99 Prozent der Frauen und Männer mit Downsyndrom an, mit ihrem Leben und ihrem Aussehen zufrieden zu sein. Kaum vorstellbar, dass in anderen Personengruppen vergleichbare Werte erzielt werden.

Dies soll nicht idealisiert und überhöht werden. Gerade junge Menschen mit Downsyndrom in der Pubertät sind oft verunsichert und leiden darunter, »anders« zu sein. Und es gibt natürlich sowohl unglückliche Menschen mit Downsyndrom als auch glückliche Menschen mit Downsyndrom, die Tage und Phasen erleben, in denen sie sich nicht als zufrieden bezeichnen würden.

Trotzdem bleibt die Frage, was der große Begriff »Glück« jeweils bedeutet. Das wird von den einzelnen Personen unterschiedlich verstanden und gelebt. Auch die Antwort auf die Frage, was jemand braucht, um glücklich zu sein, ist sehr unterschiedlich. Manche sehen eine gute berufliche Karriere mit einem hohen Einkommen als Voraussetzung, andere nennen eine gelingende Partnerschaft oder eine behagliche Wohnung. Die meisten werden alle Faktoren als Basis für Glück bezeichnen. Andere sind dagegen glücklich, obwohl (oder weil?) sie diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

Die gesellschaftliche Aufgabe, die aus diesem Gedanken erwächst, ist eine anspruchsvolle: Es muss Ziel aller politischen Anstrengungen sein, die Voraussetzungen für individuelles Glück der einzelnen Personen zu schaffen. Das ist sehr unterschiedlich und kann nicht von staatlichen Akteuren herbeigezaubert werden. Aber: Die Gesellschaft kann Dinge aus dem Weg schaffen, die verhindern, dass sich ein Mensch entfalten und zu Zufriedenheit finden kann. Diese große Aufgabe betrifft staatliche Stellen genauso wie zivilgesellschaftliche Akteure und schließlich jede und jeden von uns.

Damit prallen aber individuelle und damit unterschiedliche Bedürfnisse von Personen auf strukturelle Handlungsnotwendigkeit in Politik und Verwaltung, denn sehr entschlossenes staatliches Handeln ist auf vielen Ebenen notwendig, um die Hürden zu beseitigen, die Menschen auf ihrer eigenen Suche nach dem Glück im Wege stehen.

Spur 5: Es geht um ein gesamtgesellschaftliches Zusammenspiel.

Wird als Ziel aller Maßnahmen die Ermöglichung von individuellem Glück definiert, bleibt ein Teil der Aufgabe bei den Einzelnen, die die Chancen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ergreifen müssen. Will eine Person mit Einschränkungen zum Beispiel auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt angestellt sein und ihr eigenes Geld verdienen, ist das oft mit größeren Anstrengungen verbunden als bei anderen.

Die Rolle des Staates ist es also, für möglichst alle Menschen Zugänge zu möglichst allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen und möglichst viele Einschränkungen abzubauen. Das ist eine große Aufgabe, die viel Energie und finanzielle Mittel erfordert.

Klar wird aber auch, dass diese große Aufgabe nicht alleine durch staatliches Handeln gelöst werden kann. Es ist wichtig und richtig, dass strukturelle Hürden beseitigt und Zugänge geschaffen werden. Viele Hürden in unserer Gesellschaft sind aber im zwischenmenschlichen Bereich entstanden. Ältere Menschen, die nicht am öffentlichen Leben teilnehmen können, weil es keine passenden Strukturen gibt, oder Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich nicht willkommen fühlen, werden sich dann nicht mehr ausgeschlossen fühlen, wenn sie angesprochen und mitgenommen werden und selbstverständlich dabei sein können. Und dies geht nur mit einer Achtsamkeit für die Bedürfnisse anderer Menschen auf der individuellen Ebene.

Damit sind die Herausforderungen und die Potenziale benannt, die ein anderer Blick auf die Gesellschaft mit sich bringt. Das Thema einer inklusiven Gesellschaft ist also sehr vielschichtig. Um sie zu erreichen, sind große gesellschaftliche und finanzielle Anstrengungen und gleichzeitig viel Engagement von jedem von uns nötig. Wichtig ist es, konkret zu werden. Jeder Schritt zählt!

Inklusion – eine schöne und notwendige Vision

Eine inklusive Gesellschaft formuliert als Ziel, dass alle Menschen ein »gutes Leben« führen können, egal, welche Voraussetzungen sie mitbringen. Das gilt zum Beispiel für ältere Personen, solche mit Migrationsgeschichte oder mit körperlichen oder kognitiven Handicaps.

Die Frage, was ein »gutes Leben« ausmacht, kann von Land zu Land unterschiedlich gedeutet werden. In westlichen Gesellschaften werden in der Regel der Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit, eine adäquate und selbstbestimmte Wohnmöglichkeit, ein stabiles soziales Netz oder die Möglichkeit einer politischen Mitbestimmung als elementar gewertet.

Will eine Gesellschaft ihren Mitgliedern diese Zugänge ermöglichen, müssen diese Bereiche strukturell so gestaltet werden, dass sie all denen offenstehen, die sie jeweils wahrnehmen wollen. Die Lebensorte wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit oder Partizipation müssen dann strukturell so gestaltet sein, dass auch Personen mit besonderen Voraussetzungen ihren Ort finden.

Umgekehrt formuliert: Eine inklusive Gesellschaft baut Barrieren und Hürden so weit wie möglich ab und verhindert den Ausschluss (Exklusion) Einzelner von den genannten zentralen Lebensorten aufgrund von persönlichen Besonderheiten oder Voraussetzungen, die einer Person mitgegeben sind.

Dies ist eine Vision. Sogar eine große. Visionen sind Gesellschaftsentwürfe, die ein ideales Zusammenleben beschreiben. Sie sind im Allgemeinen nicht dazu geeignet, direkt und schnell in die Realität umgesetzt zu werden. Aber sie geben eine Richtung vor, in die sich die Dinge entwickeln sollten. Sie sind also keine substanzlosen Träumereien, sondern sind handlungsleitend und motivieren zu Aktivitäten, da sie einen Zielhorizont aufzeigen und Schritte hin zu einer neuen und besseren Wirklichkeit ermöglichen.

So ist auch der Begriff einer inklusiven Gesellschaft einzuordnen. Das Gute an diesem Verständnis: Es wird nicht unterschieden zwischen richtig oder falsch, sondern jeder noch so kleine Schritt, mit dem Barrieren abgebaut werden, ist ein Beitrag zu einem gerechteren Zusammenleben.

Mit diesem Verständnis wird ein vielfach verwendetes und aus meiner Sicht irreführendes Bild überwunden. Oft wird Inklusion so dargestellt, dass es darum gehe, dass alle dazugehören, dass also überwunden wird, dass manche »draußen« stehen und andere dazugehören. Dies ist deshalb nicht zielführend, weil ja immer alle Personen automatisch Teil einer Gesellschaft sind, aber eben sehr unterschiedliche Chancen haben, sich an der Gemeinschaft zu beteiligen. Ein arbeitsloser oder prekär beschäftigter Mensch ist also durchaus Teil des Wirtschaftssystems, ihm oder ihr sind aber aus unterschiedlichen Gründen die Zugänge zu vielen gesellschaftlichen Bereichen verschlossen. Es geht also nicht um ein »entweder drinnen oder draußen«, sondern es geht um kleine oder größere Schritte, um Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Ein Problem dieses Verständnisses von Inklusion könnte es sein, dass das Ziel in fast unerreichbare Ferne gerückt wird. Das könnte entmutigen, sich überhaupt auf den Weg zu machen. Aber da es immer um die konkrete Verbesserung der Lebenssituation von Menschen geht, lohnt sich jeder kleine Schritt, selbst wenn wir eine perfekte Gesellschaft nie erreichen werden.

Deshalb ist Inklusion auch eine Überlebensfrage.

Unsere Gesellschaft steht vor epochalen Herausforderungen: Die ökologische Krise wird immer drängender, und Armut und Hungersnöte nehmen weltweit wieder zu. Diese globalen Herausforderungen können nur durch ein gemeinsames und energisches Anpacken der Bürgerschaft und der Politik gemeistert werden.

Wenn aber ein großer Teil der Gesellschaft das Gefühl hat, eigentlich gar nicht dazuzugehören, wird es nur schwer gelingen, diese Menschen für solch große Gemeinschaftsprojekte zu gewinnen. Plastisch ausgedrückt: Wenn jemand mit drei Jobs ums Überleben kämpft, wird er oder sie nicht in der Lage sein, sich für Klimaschutz zu engagieren, und es wird ökonomisch in der Regel nicht reichen, um Biolebensmittel einzukaufen. Auch Menschen mit Beeinträchtigung, die in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten und nur ein Taschengeld bekommen, haben keine ökonomischen Möglichkeiten, um nachhaltige – und damit meist teurere –

Produkte zu kaufen. Und ganz grundsätzlich: Schaffen Kinder zum Beispiel aufgrund eines Migrationshintergrundes keinen erfolgreichen Bildungsabschluss, gehen Talente verloren, die eventuell einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung verschiedener Krisen leisten können.

Das kann eine Gesellschaft gewinnen.

Zunächst setzt ein Bemühen um eine inklusivere Gesellschaft die Kerngedanken des Grundgesetzes um. Sie ist also kein Selbstzweck und keine soziale Wohltat der nicht Beeinträchtigten, sondern von der Gesetzeslage geboten.

Strukturelle und individuelle Exklusion widersprechen sowohl Artikel 1 (»Die Würde des Menschen ist unantastbar«), Artikel 2 (»Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«) als auch Artikel 3 (»Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden«).

Die Gesellschaft kommt also durch eine inklusivere Gestaltung den Zielen näher, die sie in diesen Formulierungen des Grundgesetzes als Grundpfeiler ihrer Ordnung festgelegt hat. Und der dauerhafte und alternative Ausschluss vieler Menschen aus wichtigen Bereichen des Lebens stellt sowohl einen Verstoß gegen die Würde des Menschen dar als auch eine Benachteiligung – zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Geschlecht oder Behinderung.

Neben der Verwirklichung von Rechtsgütern dient eine inklusivere Gesellschaft aber vor allem dem Wohl von einzelnen Personen. Wenn zum Beispiel jemand seine Potenziale auf dem Arbeitsmarkt nicht verwirklichen kann und für wenige Hundert Euro im Monat 40 Stunden pro Woche in der Werkstatt arbeitet, ist dies eine Beschneidung von Lebensperspektive, wenn es dazu keine Alternativen gibt, denn die Person kann aus dem, was sie für ihre Arbeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen bekommt, ihre Bedürfnisse nicht befriedigen. Anders formuliert: Gelingt eine Beschäftigung einer Person mit Beeinträchtigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, entstehen neue Möglichkeiten einer freieren und zufriedeneren Gestaltung der Biografie.

Zusätzlich ermöglicht Inklusion neue Perspektiven für alle. Leben Kinder im Kindergarten und in der Schule ihren Alltag mit Jungen und Mäd-

chen mit und ohne Behinderung, erfahren sie Besonderheit als Normalität und lernen damit umzugehen. Sie werden im späteren Leben anders mit Diversität umgehen und sozial emphatischer sein – eine wichtige Eigenschaft nicht nur für Führungskräfte. Die Kinder mit Beeinträchtigung merken, dass sie dazugehören und ihren Alltag ausschließlich mit anderen Kindern mit Behinderung gestalten.

Schließlich kann Inklusion auch volkswirtschaftlich sinnvoll sein. Ein Platz in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung kostet den Staat aktuell zum Beispiel circa 17.000 Euro, und die Beschäftigten zahlen keine Sozialabgaben. Wird ein Arbeitsplatz eines Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt staatlich unterstützt, entstehen geringere Kosten, die Beschäftigten verfügen aber über ein deutlich höheres Einkommen und sind sozialversichert.

Um diesen Einwand vorwegzunehmen: Inklusion ist sicherlich kein neo-liberales Sparmodell, wenn sie richtig umgesetzt wird. Gerade ein inklusives Setting in Schulen ist sehr aufwendig, da dort kleinere Klassen mit mehr Lehrkräften notwendig sein werden. Eine erfolgreiche inklusive Schulbildung könnte aber den Effekt haben, dass mehr junge Menschen mit Beeinträchtigung eine Stelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden, weil sie es gewohnt sind, sich in »Regelsystemen« zu bewähren.

Wo kommt der Begriff »Inklusion« überhaupt her?

Der Begriff »Inklusion« ist also schillernd und weckt unterschiedliche Assoziationen. Er wird verschieden gebraucht und verstanden. Deshalb ist ein kurzer Blick in die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Begriffs »Inklusion« hilfreich.

Fulminanter Start mit der Behindertenrechtskonvention

Die Karriere des Begriffs »Inklusion« startete so richtig mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2006 und der Ratifizierung in Deutschland Ende 2008 (Vereinte Nationen 2009). Im Dokument selbst kommt der Begriff interessanterweise gar nicht vor. Die Konvention gilt trotzdem als Geburtsstunde des Gedankens der Inklusion, weil dort der Anspruch erhoben wird, dass die Gesellschaften so zu gestalten sind, dass Menschen mit Behinderungen aus verschiedenen Lebensbereichen nicht ausgeschlossen werden. Die Verantwortung liegt also nicht mehr bei den Menschen mit Behinderungen, die sich so anpassen müssen,

dass sie zum Beispiel in der Schule oder Arbeitswelt integriert werden können, sondern die Schule bzw. Arbeitswelt muss so gestaltet sein, dass Menschen unabhängig von ihren körperlichen, geistigen, sinnlichen oder psychischen Voraussetzungen daran teilhaben können.

Die Konvention macht dabei keine Einschränkung, sondern die Staaten verpflichten sich zu ermöglichen, dass *alle* Menschen an den wichtigen Bereichen teilnehmen können. Und wenn da *alle* steht, ist das auch so gemeint.

Wichtig ist, dass es sich bei diesem Verständnis nicht um einen Gnadenakt handelt. Der moralische Anspruch einer inklusiven Gesellschaft lässt sich zum Beispiel ableiten aus Artikel 1 des Grundgesetzes, nach dem die Würde des Menschen unantastbar sei. Und Exklusion, egal aus welchem Grund, ist eine dauerhafte Verletzung der Würde. Sie sollte nach Ansicht von Frank Nullmeier zu einer »Grundkategorie der Sozialpolitik« werden, da sie sich auf alle Bevölkerungsgruppen bezieht, denen der Zugang zu öffentlichen Gütern verwehrt wird (Nullmeier in Heinrich-Böll-Stiftung 2015, S. 92).

Versandet im politischen Getriebe

Mit der Einführung des Begriffes der Inklusion und dem verheißungsvollen Start wurden viele Hoffnungen genährt, dass ein neues Denken einsetzt. Nach einigen Jahren muss konstatiert werden, dass es nicht gelungen ist, das Thema als umfassendes gesellschaftliches Großprojekt zu etablieren, bei dem Politik und Gesellschaft gemeinsam entschlossen Hürden abbauen. Stattdessen sind auf der individuellen Ebene vor allem nach wie vor sogenannte Betroffene aktiv, also Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung oder pflegende Angehörige. Genau dies sollte mit dem Denken einer inklusiven Gesellschaft überwunden werden.

Die politischen Akteure auf verschiedenen Ebenen begnügen sich in eilig erstellten Aktionsplänen in der Regel darauf, symbolische Initiativen zu starten (Verleihung von Preisen, Präsentation von Best-Practice-Beispielen ...) oder sich Prüfaufträge zu geben.

Trotz massiver Kritik werden bisher ganz selten grundlegende systematische Fragen zum Beispiel nach dem viergliedrigen Schulsystem (Haupt- bzw. Mittelschule, Realschule, Gymnasium, Förderschule) angegangen. So wurde und wird zwar in der Politik und der Zivilgesellschaft viel über Inklusion geredet und teilweise erbittert gestritten, die konkreten Schritte

bleiben aber überschaubar. In seinem Buch *Die Inklusionsfalle* konstatiert Uwe Becker, dass die Diskussionen um Inklusion eine Möglichkeit für die Politik seien, sich fortschrittlich und menschenfreundlich zu präsentieren, dass diese Diskussionen aber bei einer »ansonsten ordnungspolitische[n] Verhaltensstarre« stattfinden (Becker 2015, S. 15).

Politisch wäre es konsequent, Inklusion als Querschnittsaufgabe auf der Leitungsebene zu verankern, die auf alle politischen Bereiche Auswirkungen hat, denn Exklusion geschieht im Städtebau, in der Organisation von Mobilität, in Einrichtungen von Kultur und Freizeit oder im Bildungswesen. Nimmt man den Anspruch der Inklusion ernst, muss er konsequent in allen diesen Fragen diskutiert und so weit wie möglich umgesetzt werden.

Inklusion – der missverstandene Begriff

»Wir bauen wo immer innergesellschaftliche Hürden ab, die Personen aus gesellschaftlichen Teilbereichen ausschließen.« So verstanden, ist der Begriff der Inklusion nicht besonders kompliziert. Er löst aber nach wie vor kontroverse und emotionale Diskussionen aus. Auch weil er als politischer »Kampfbegriff« verwendet wurde und wird und bestimmte Interessen damit verbunden sind, erfährt er eine Vielzahl von Verengungen, Missverständnissen und Fehlinterpretationen. Um diese aus dem Weg räumen zu können, seien hier die wichtigsten beschrieben:

Missverständnis I:

Eine Gesellschaft kann inklusiv gestaltet werden, ohne dass sich etwas ändert.

Meist werden Fragen der Inklusion an konkreten Problemlagen und nicht an bestehenden Strukturen bearbeitet. Am Beispiel Schule wird das besonders deutlich. Hierzulande steuern alle Beteiligten (Lehrkräfte, Eltern und Schüler:innen) am Ende der Grundschulzeit auf den »Übertritt« auf eine weiterführende Schule zu. Und in vielen Fällen wird spätestens dann das gemeinsame Lernen von unterschiedlichen Kindern mehr als Belastung denn als Bereicherung gesehen, und Eltern entscheiden oft in der dritten oder vierten Grundschulklasse, ihr Kind mit Beeinträchtigung doch in eine Sondereinrichtung zu geben. Schon dieser Effekt zeigt, dass ein Schulsystem, das auf Segregation ausgerichtet ist, nicht gleichzeitig inklusiv gestaltet werden kann.

So sind viele gut gemeinte Versuche, den Bildungsbereich inklusiv zu gestalten, schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil die Schulbildung in Deutschland vor allem so organisiert ist, dass möglichst homogene Schulklassen in den verschiedenen Schultypen erreicht werden, also zum Beispiel

leistungsstarke Jugendliche auf dem Gymnasium gemeinsam lernen. Allein diese Grundidee von Schule widerspricht dem Anspruch der Inklusion, in der Heterogenität als Stärke gesehen wird.

Grundsätzliche Debatten und Reformen sind aber nicht nur im Bildungsbereich nötig. Die Leitidee einer inklusiven Gesellschaft beißt sich mit vielen strukturellen Ordnungen bis hin zu einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, wie es derzeit gelebt wird, denn dieses beruht im Kern auf einem Wettbewerb, bei dem sich der oder die Stärkste durchsetzt. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass »Schwächere« gar nicht gebraucht oder aussortiert werden.

Zudem besteht nach wie vor der Effekt, dass die Unternehmen am erfolgreichsten sind, die möglichst viele soziale und ökologische Kosten externalisieren. Unternehmen, die ihre Verantwortung wahrnehmen und zum Beispiel auf ihre ökologische Bilanz achten oder Menschen mit Beeinträchtigungen anstellen, werden zwar viel öffentliches Lob einfahren (was sich manchmal auch ökonomisch auszahlt), aber am Ende des Monats weniger Gewinn in der Tasche haben. Deshalb muss eigentlich über das Wirtschaftssystem als Ganzes diskutiert werden. Würde zum Beispiel eine Gemeinwohlökonomie eingeführt, würden, kurz gesagt, jene Unternehmen weniger Steuern bezahlen, die sich sozial und ökologisch vorbildlich verhalten. Dadurch könnte mehr Gerechtigkeit erreicht und ein wichtiger Beitrag für eine inklusive Gesellschaft geleistet werden. Dazu später mehr.

Bildung und Wirtschaft sind zwei Beispiele für Lebensbereiche, in denen grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht. Eine Diskussion und eine Veränderung der Strukturen sind notwendig für eine inklusive Gesellschaft. Ohne sie sind viele Bemühungen und Initiativen von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Der Eindruck, dass man Inklusion in bestehende Systeme »integrieren« könne, die sich insgesamt nicht verändern müssten, ist falsch. Im Gegenteil: Dass diese Rahmenbedingungen meist bewusst oder unbewusst ausgeblendet werden, ist das Hauptproblem einer unbefriedigenden Umsetzung von Inklusion.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass sich durch einen inklusiven Ansatz die ganze Gesellschaft ändern wird. Dadurch werden viele Chancen eröffnet, es werden anderen Beteiligten aber auch neue Umstände zugemutet, die sie auf den ersten Blick nicht immer gut finden werden. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass das große Vorhaben von möglichst vielen getragen wird.

Missverständnis II:

Wir sagen »Inklusion«, meinen aber »Integration«.

Der Begriff der Inklusion wurde für viele Aktivist:innen aus dem Umfeld der Angehörigen von Menschen mit Beeinträchtigung (zu Recht) zu einer positiven Vision, da mit einem Schlag die Gesellschaft dafür zuständig schien, die vorhandenen großen und kleinen Hürden zu beseitigen. Das wurde als Entlastung der Einzelnen begriffen, die bis dato meist große Anstrengungen erbringen mussten, um irgendwie dazugehören zu können. Es stand durch den Begriff der Inklusion auf einmal im Raum, dass sich die Institutionen und Rahmenbedingungen ändern würden und sich die Hauptverantwortung von den Einzelpersonen auf die Gesellschaft verschieben würde. Diese Hoffnungen wurden dadurch beflügelt, dass viele Einrichtungen ihre Namen änderten. Aus dem Integrationsamt wurde ein Inklusionsamt; es wurde nicht mehr von Integration geredet, sondern von Inklusion, alles schien sich in die richtige Richtung zu bewegen.

Bei genauerem Hinsehen wurde jedoch deutlich, dass sich oft nur die Namen geändert haben, nicht aber die Inhalte oder die grundsätzliche Herangehensweise. Ein besonders aussagekräftiges Beispiel ist die Bezeichnung »Inklusionskind«, mit dem in der Regel Kinder mit Beeinträchtigung gemeint sind, die in das Schulsystem »inkludiert« werden sollen. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass der Systemwechsel nicht nachvollzogen wurde, denn der Begriff der Inklusion bedeutet für den Bereich Schule, dass sich das Bildungssystem verändern muss, damit möglichst alle Kinder daran teilnehmen können. Stattdessen wird aber mit dem Begriff »Inklusionskind« das Augenmerk auf bestimmte Mädchen und Jungen gelegt, die in das bestehende System »integriert« werden, ohne dass sich das System Schule verändern müsste.

Dies gilt auch für die Umbenennung von Ämtern. Ändert sich der Name einer Institution von einem »Integrationsamt« zu einem »Inklusionsamt«, wird man eine massive Zunahme von Aufgaben und Kompetenzen erwarten, denn Inklusion ist ja ein umfassendes Reformprojekt, das viele, wenn nicht alle politischen Handlungsfelder berührt und zu grundsätzlichen politischen Diskussionen führt. In der Realität beschäftigen sich aber Inklusionsämter nach wie vor ausschließlich mit der Frage, wie Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Auch Integrationsbetriebe wurden in Inklusionsbetriebe umbenannt. Dort ist aber Maßgabe, dass die Hälfte der Beschäftigten eine Schwerbe-

hinderung aufweist. Deshalb wird dort die Arbeit so organisiert, dass alle ihre Talente und Fähigkeiten einbringen können. Insofern wird in diesen besonderen Betrieben im Kleinen ein grundsätzlicher Wechsel vollzogen, denn hier werden nicht Arbeitskräfte in ein bestehendes System integriert, sondern die Rahmenbedingungen werden so gestaltet, dass sich möglichst viele einbringen können.

Insgesamt muss aber bilanziert werden, dass dem großen – fast revolutionären – Anspruch des Begriffs der »Inklusion« die Zähne gezogen wurden, indem zwar viele von Inklusion reden, aber eigentlich nach wie vor bemüht sind, »besondere« Menschen in ein bestehendes und weiterhin unverändertes System zu integrieren. Damit wird die grundsätzliche Systemfrage umgangen, denn es wird ja suggeriert, dass alle dabei sind, inklusiv zu arbeiten.

Missverständnis III:

Inklusion ist ein Thema für Menschen mit Behinderung.

Es liegt vielleicht an der inhaltlichen Verknüpfung mit der UN-Behindertenrechtskonvention, dass sich der Begriff Inklusion im Sprachverständnis auf Menschen mit Beeinträchtigung verengt hat. Es geht also nicht um Menschen mit demenziellen Veränderungen, sozial Ausgeschlossene, Menschen anderer Herkunft, nein: Beim Thema Inklusion denken alle sofort an Menschen mit Beeinträchtigungen und konkret an eine Person, die im Rollstuhl sitzt.

Ein Effekt der Bemühungen für Inklusion ist sicher, dass Menschen mit Beeinträchtigungen verstärkt gehört werden. Allerdings gibt es hier große Unterschiede: Es ist zu beobachten, dass Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung deutlicher zu vernehmen sind. Dies liegt auch daran, dass sie sich vernehmbar äußern können. Rhetorisch überzeugende Aktivist:innen wie Raúl Krauthausen verschaffen sich Gehör und machen sich stark für ihre Anliegen. Dagegen haben Menschen zum Beispiel mit einer geistigen Beeinträchtigung nur wenige starke Fürsprecher:innen, die politisch ernst genommen werden.

Aufgrund dieser Konstellation verengt sich die politische und gesellschaftliche Kommunikation: Inklusion wird verstanden als Thema von Menschen mit (Körper-)Behinderung, und die »Inklusionsaktivist:innen« sind die relevanten Akteure.

Dies ist aus meiner Sicht eine Einengung, die der Sache schadet: Es gibt in unserer Gesellschaft viele »Exklusionen« oder Hürden, und die gibt es

nicht nur für Menschen mit Beeinträchtigung. Eine inklusive Gestaltung der Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn an vielen verschiedenen Stellen Barrieren abgebaut werden, zum Beispiel für einsame ältere Menschen, zugewanderte Personen mit Sprachschwierigkeiten oder Kinder aus armen Familien. Es geht also um weit mehr als die Rollstuhlrampe vor einem nach wie vor nicht zugänglichen Gebäude, die einem immer zuerst und meist auch zu Recht in den Sinn kommt.

Ein breiteres Verständnis von Inklusion ist auch deshalb sinnvoll, weil die nötigen Maßnahmen oft die gleichen sind: Von einem längeren gemeinsamen Lernen profitieren nicht nur Kinder mit Beeinträchtigung, sondern auch die aus ökonomisch schlechter gestellten Familien oder solchen mit einer Migrationsgeschichte. Oder: Beschreibungen in leichter Sprache und großer Schrift helfen nicht nur Personen mit Lernschwierigkeiten, sondern auch älteren Menschen.

Aber – und das ist das Wichtigste: Inklusion zu erreichen, ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft und eben gerade nicht die Aufgabe von Menschen mit Beeinträchtigung oder deren Angehörigen. Es muss also gelingen, eine gesamtgesellschaftliche Bewegung zu erzeugen, die große Veränderungen auslöst. Dies kann eine kleine Gruppe von schon marginalisierten Personen nur überfordern. Deshalb ist es aus strategischen Gründen sinnvoll, dass sich verschiedene Personengruppen zusammenschließen und gemeinsam für eine inklusivere Gesellschaft eintreten.

Missverständnis IV:

Inklusion ist eine Aufgabe des Bildungssystems.

Dass Inklusion vor allem als Aufgabe des Bildungssystems gesehen wird, liegt aus meiner Sicht darin begründet, dass die UN-Behindertenrechtskonvention von Staaten verabschiedet und ratifiziert wurde. So hat auch die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung ein Versprechen abgegeben, Barrieren abzubauen und die Gesellschaft inklusiv zu gestalten. Dies kann sie durch Gesetze und Verordnungen in einigen Bereichen. In anderen – wie zum Beispiel in der Arbeitswelt – ist sie ein Akteur neben vielen anderen und hat deshalb die Umsetzung nur bedingt in der eigenen Hand.

Anders sind die Ausgangsbedingungen im Bildungsbereich: Politik und Verwaltung können hier handeln, da sie hier selbst die Regeln aufstellen. Dies könnte ein Grund dafür sein, weshalb sich fast die ganze Energie des

Themas Inklusion in Richtung des Bildungssystems richtet(e). Und es ist ja auch aus pädagogischer Sicht begrüßenswert, wenn Kinder mit sehr unterschiedlichen Begabungen gemeinsam lernen und sich gegenseitig voranbringen.

Ein anderer Grund liegt darin, dass Eltern ihre Kinder mit Beeinträchtigung zunehmend mit Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention in Regelschulen angemeldet haben, denn dort steht geschrieben (und ist als »Menschenrecht« definiert), dass »Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden« (Vereinte Nationen, zitiert nach Bundesgesetzblatt, S. 1436). Die Kinder (und ihre Eltern) sind im allgemeinen Schulsystem auf unterschiedlich große Begeisterung gestoßen. Höflich formuliert.

So entstand Druck von verschiedenen Seiten auf das Bildungssystem. Bildungspolitik fühlte sich zum einen moralisch verpflichtet, für inklusivere Strukturen zu sorgen. Zum anderen waren und sind Schulen schnell überfordert, wenn zum Beispiel Kinder mit Beeinträchtigung einen (auch noch barrierefreien) Zugang einfordern.

Deshalb bestand und besteht Handlungsbedarf auf allen bildungspolitischen Ebenen. Dieser wurde sehr unterschiedlich »ventiliert«. Während das Bundesland Bremen sehr einschneidende Maßnahmen ergriff und dort inzwischen fast alle Kinder in Regelschulen unterrichtet werden, hat sich zum Beispiel in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg so gut wie nichts verändert – dort werden weiterhin neue Förderschulen eröffnet. Das viergliedrige Schulsystem steht nicht zur Debatte.

Aber immerhin: Es wurde und wird viel über das Thema Inklusion an Schulen diskutiert. In der Nachbetrachtung der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 wird zum Beispiel davon ausgegangen, dass die bis dahin regierende rot-grüne Koalition abgewählt wurde, weil sie sich zu massiv für ein inklusives Schulwesen einsetzte und die Angst vor einer Abschaffung des Gymnasiums viele Wähler:innen motivierte, für einen Regierungswechsel zu sorgen (<https://www.sueddeutsche.de/bildung/landtagswahl-in-nrw-wie-schulpolitik-die-nrw-wahl-entschieden-hat-1.3505934-2>).

Aus diesen verschiedenen Gründen konnte in der Öffentlichkeit das Bild entstehen, dass es beim Thema Inklusion ausschließlich um Bildungs-

politik ginge. Weitergehende Fragestellungen wurden nur am Rande und nur von Spezialist:innen diskutiert, ohne dass diese Diskussionen weitergehende Aufmerksamkeit erzeugt hätten.

Missverständnis V:

Inklusion ist ein ideologisches Projekt.

Mit seiner Aussage, dass Schulen vom ideologischen Projekt der Inklusion von Kindern mit Behinderungen befreit werden müssten, schreckte der thüringische Landesvorsitzende der AfD, Björn Höcke, die interessierte Öffentlichkeit auf. Aus dem bisher Geschriebenen und aus der beschriebenen Wirkungsgeschichte ist klar, dass eine inklusive Gestaltung zum Beispiel von Schule nicht das Anliegen einer kleinen Gruppe von Menschen ist, das der Gesellschaft aufgezungen wird (und dessen man sich einfach so entledigen könnte). Im Gegenteil: Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Gedanken der Inklusion durch das Grundgesetz verpflichtet und hat sich durch einen einstimmigen Beschluss der UN-Behindertenrechtskonvention angeschlossen. Deshalb ist die Umsetzung von Inklusion eine gesamtgesellschaftliche und breit zu tragende Aufgabe und kein »ideologisches Projekt«.

Bezeichnend ist auch die falsche wie unschöne Begründung. Denn Inklusion hindere die Kinder ohne Behinderung daran, gut zu lernen. Darin wird ein Bild einer Gesellschaft deutlich, in der sich die Stärkeren der Schwachen entledigen und diese ausgrenzen, um selber den größtmöglichen Profit erzielen zu können. Dies ist das Gegenteil von einer inklusiven Gesellschaft (<https://www.fr.de/politik/news-hoecke-afd-inklusion-empoert-sommer-interview-aussagen-kinder-mit-behinderungen-zr-92451868.html>).

Paradoxe Wirkung I:

Wo Inklusion draufsteht, passiert oft Exklusion.

Vierorts gibt es Veranstaltungen oder Angebote, die für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gedacht sind, also Inklusionsdiscos, Inklusionsfeste, Inklusionssportveranstaltungen oder Inklusionsreisen. Die paradoxe Wirkung solcher Bezeichnungen: Sobald irgendwo »Inklusion« steht, wird signalisiert: »Das ist ein Angebot für Menschen mit einer Beeinträchtigung.« Das hat mit der Wirkung des Begriffes »Inklusion« zu tun, aber auch mit dem Bemühen, das durch die Verwendung des Wortes ausgedrückt wird. Denn mit einem »Inklusionsfest« signalisiert eine veranstaltende Organisation, dass Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zusammengebracht

werden sollen. Diese Aussicht schreckt Personen ohne Handicap tendenziell ab, sodass dann fast ausschließlich Personen mit Beeinträchtigung erscheinen werden – wodurch der Eindruck verfestigt wird, dass das Thema Inklusion etwas ist, mit dem sich behinderte Menschen beschäftigen sollten.

Anders ist dies aus meiner Sicht bei Inklusionsbetrieben, in denen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zusammenarbeiten. Ein Inklusionshotel will also in der Regel nicht signalisieren, dass Menschen mit Handicap dort übernachten sollen, sondern dass dort ein Team in einer besonderen Weise zusammengestellt ist, nämlich aus Mitarbeiter:innen mit und ohne Beeinträchtigung. In der Regel gehen Inklusionsbetriebe in der Außendarstellung auch meist sparsam mit dem Begriff der Inklusion um und gehen in den Wettbewerb als normaler Betrieb.

Paradoxe Wirkung II:

Wenn Inklusion besonders gut ist, merkt man gar nichts mehr.

Es scheint etwas ungerecht: Wenn jemand im Bereich der Inklusion besonders erfolgreich ist, verschwindet das Thema ganz, denn dann spielt es keine Rolle mehr, wer mit welchen Voraussetzungen gestartet ist, sondern alle bringen das ein, was sie jeweils können – mit ihren je besonderen Stärken und Schwächen. So ist das beste Kompliment für eine »Inklusionseinrichtung«: »Wie Inklusionsbetrieb? Was wollen Sie mir jetzt sagen? Ist doch alles ganz normal hier!«

Nachdem jetzt (hoffentlich) einige Missverständnisse zum Begriff der Inklusion ausgeräumt werden konnten, will ich zuerst einen Blick darauf werfen, ob die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das Bemühen um eine diverse Gesellschaft eher erleichtern oder erschweren, und dann beispielhaft mögliche nächste und nötige Schritte in den verschiedenen Lebensbereichen beschreiben.

Zauberwort »Diversität«: Kommt Inklusion jetzt von alleine?

Unsere Gesellschaft wird bunter, vielfältiger. Besonderheit ist kein Makel mehr, sondern wird meist positiv gewertet. Der Soziologe Andreas Reckwitz beschreibt in seinem gleichnamigen Buch die »Gesellschaft der Singularitäten«, die sich von der Industriegesellschaft dadurch abgrenzt, dass es nicht mehr darauf ankommt, so zu sein, wie es von der Umgebung erwartet wird, sondern besonders zu sein: »Eine als singulär anerkannte Persönlichkeit zeichnet sich durch Originalität und Andersheit aus; sie ist auf ungewöhnliche und komplexe Weise ›sie selbst‹, das heißt, sie hat eine innere Dichte, die sie interessant macht. Zugleich scheint sie ganz anders als die anderen, sodass sie ein Element des Überraschenden enthält.« (Reckwitz 2018, S. 248)

Andreas Reckwitz beschreibt die Anforderungen an ein Persönlichkeitsprofil in der Spätmoderne. Dieses von ihm so beschriebene Verständnis von Personen könnte die Tür aufmachen für Inklusion, denn dort wird Besonderheit wertgeschätzt als Bereicherung der Gesellschaft. Für die Akzeptanz und Bewertung der einzelnen Person sollen die sexuelle Orientierung und die ethnischen Wurzeln einer Person dagegen keine Rolle mehr spielen.

Zum Hintergrund: die Gesellschaft der Singularitäten

Andreas Reckwitz sieht in der Spätmoderne eine Gesellschaft, in der es vor allem in der bestimmenden Mittelschicht darauf ankommt, sich als ein besonderer Mensch zu inszenieren. Dies steht im Gegensatz zur Logik einer vorhergehenden normierten Gesellschaft, in der die Menschen als Ziel hatten, eine möglichst unauffällige Biografie zu leben. Die Bedürfnisse der Personen waren vorhersehbar, und die dafür notwendigen Dinge konnten deshalb in großen Massen produziert werden. Wichtige Triebfedern für die Entwicklung eines neuen Verständnisses von einer Person sind die digitalen Orte von Kommunikation und Präsentation, in denen es möglich

(und gesellschaftlich honoriert) wird, sich als einzigartig – eben singulär – zu inszenieren. Diese Dynamik der medialen Bewertung führt zu einem »The winner takes it all«-Prinzip: Wer es schafft, mit seiner Inszenierung Aufmerksamkeit zu erzeugen und sich attraktiv darzustellen, wird zum Beispiel von sozialen Netzwerken stärker und häufiger präsentiert, was zu weiterer Relevanz führt und die Besonderheit weiter betont.

Im kulturell leitenden Milieu einer gut gebildeten und wirtschaftlich gut ausgestatteten und gesellschaftlich progressiven Mittelschicht ist ein liberales Denken zu verzeichnen. Die sexuelle Orientierung oder die kulturelle Herkunft spielen in der Bewertung von Personen keine Rolle mehr. Die Geschlechterrollen lösen sich (scheinbar) auf, und sollte sich ein patriarchalisches Verständnis zeigen, wird dieses massiv infrage gestellt werden.

Leitend ist die Vorstellung eines guten Lebens. Es ist wichtig zu zeigen, dass man sich fair verhält. Dies bezieht sich auf einen nachhaltigen Konsum, eine ressourcenschonende Art, zu wohnen oder zu reisen, und beinhaltet auch einen gerechten Umgang mit anderen.

Ökonomisch sieht Reckwitz eine Spaltung der Mittelschicht. In einer postindustriellen und digital geprägten Gesellschaft ist kulturelles Kapital von größerer Bedeutung, weshalb die Kompetenzen einer akademisch geprägten Mittelschicht stärker nachgefragt werden. Diese profitiert also wirtschaftlich von den technologischen Entwicklungen.

Menschen mit niedrigem oder keinem Bildungsabschluss sind dagegen am Arbeitsmarkt nicht mehr so gefragt, weil viele ihrer Tätigkeiten automatisiert werden. Deshalb verschlechtern sich ihre Perspektiven. Es hat sich so eine neue Unterschicht gebildet mit prekär Beschäftigten und schlecht bezahlten Arbeitskräften im Dienstleistungssektor. Der Soziologe diagnostiziert daher einen Paternoster-Effekt: Während es einer akademisch geprägten, kosmopolitisch orientierten Mittelschicht immer besser geht, verschlechtert sich die Lage für die sowieso schon benachteiligten Schichten (und auch Regionen), die sich zunehmend wirtschaftlich und kulturell abgehängt fühlen. Daraus erwachsen Gegenströmungen, die politisch und kulturell ein Zurück zu den früheren, übersichtlicheren Strukturen fordern.

Was bedeutet das für Inklusion?

Auf den ersten Blick könnte eine »Gesellschaft der Singularitäten« förderlich für eine inklusive Gesellschaft sein. Wie das Zitat zu Beginn zeigt, ist Besonderheit ein Leitmotiv, und es spielt keine Rolle, woher jemand stammt

und wie er oder sie aussieht. Im Gegenteil: Besonderheiten können sogar reizvoll sein und als Pluspunkt gewertet werden. Und so erfahren Menschen mit Beeinträchtigung viel mediale Aufmerksamkeit. In einer Kampagne von Gucci Beauty präsentierte zum Beispiel ein Model mit Downsyndrom Wimperntusche. Die Firma begründet dies mit einem Beitrag zu Diversität in unserer Gesellschaft. In einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* wird von einem Comedian und einem Sänger einer Band im Rollstuhl sowie einer gehörlosen Tänzerin berichtet (Süddeutsche Zeitung 2020).

Auch in politischen Debatten kommen Stimmen zu Wort, die vorher nicht gehört worden wären. Raúl Krauthausen ist stark gefragt bei Themen rund um Inklusion und Bildung und zieht bei seinen Lesungen viel Publikum an. Viel Aufsehen erregte Nathalie Dedreux, die in einer Wahlkampfarena die damalige Kanzlerin Angela Merkel mit einer Frage zu pränataler Diagnostik in Bedrängnis brachte und die auf ihrer eigenen Website über ihre Vorstellungen und politischen Forderungen und ihr Leben mit Downsyndrom schreibt (<https://www.nataliededreux.de/>).

Diese Beispiele mögen wenige sein, sie zeigen aber, dass unter dem manchmal etwas überstrapazierten Begriff der Diversität auch die Stimmen von Menschen mit Beeinträchtigung gehört werden. Dass Diversität inzwischen unwidersprochen als relevant für Wirtschaft und Politik gilt und es in vielen Unternehmen eigene Beauftragte dafür gibt, stützt die These, dass Vielfalt von der dominierenden gehobenen Mittelschicht als anregend und bereichernd empfunden wird.

Ein weiterer positiver Effekt für Inklusion könnte darin liegen, dass es für einen großen Teil der Gesellschaft von großer Bedeutung ist, so fair und gerecht wie möglich zu leben – zumindest sich so darzustellen. Unter dem Stichwort »Gutes Leben« verstehen viele ausdrücklich auch, sich sozial zu engagieren, sich für Klimaschutz einzusetzen oder im Bioladen oder Weltladen einzukaufen. Aus diesem Gedanken eines fairen Lebens könnte Rückenwind für Projekte wie Inklusion entstehen.

Aber wer profitiert wirklich?

Die Frage muss aber gestellt werden, ob diese positiven Veränderungen bei allen Menschen mit Beeinträchtigungen ankommen. Hier ist meine Prognose eher sehr vorsichtig. Es ist zu befürchten, dass die beschriebenen Empfindungen eines »Abgehängtwerdens« in sozial schlechter gestellten Milieus auch bei Menschen mit Beeinträchtigung vorherrschend sind. Wem es

nämlich nicht gelingt, sich als besonders und ästhetisch ansprechend zu inszenieren, wird sich eher als Verlierer:in der aktuellen Entwicklung fühlen. Das auch hier vorherrschende Prinzip »The winner takes it all« führt nämlich dazu, dass viele andere zu Verlierer:innen werden.

Vor diesem Hintergrund wäre eine Erforschung der Einstellungen von Menschen mit einer Beeinträchtigung zum Beispiel in Werkstätten sehr interessant. Es wäre zu fragen, ob sie sich in ihrer Besonderheit von der Gesellschaft wahr- und ernst genommen oder ob sie sich eher abgehängt fühlen in einer Welt der persönlichen Inszenierung. Es scheint darüber hinaus sinnvoll, die These zu überprüfen, dass auch dort Reaktionen wie die Zuwendung zu einem klaren »Gut-böse-Schema«, nationalistischem Gedankengut oder zu populistischen Parteien zu verzeichnen sind und wie sich die politischen Einstellungen entwickeln.

Fazit

Es gibt also Elemente in einer Gesellschaft der Singularitäten, wie sie von Andreas Reckwitz beschrieben wird, die eine inklusive Gesellschaft voranbringen können. Allerdings profitieren davon aktuell nur wenige, denn eine wirklich inklusive Gestaltung braucht Mitbestimmung und Mitwirkung aller. In der Arena der ästhetischen Inszenierung werden Menschen mit Beeinträchtigung oder mit besonderen Wurzeln nur dann zum Zuge kommen, wenn sie es schaffen, sich entsprechend interessant und besonders zu inszenieren.

Damit steht also fest, dass Inklusion nicht »einfach so kommt«, weil die gesellschaftliche Strömung für eine diverse Gesellschaft dies mit sich bringt, weil es politische Gremien beschlossen haben oder weil es ein guter Geist will. Inklusion muss erkämpft und erstritten werden. Aus meiner Sicht ist es wichtig, viele kleine Schritte zu gehen, die das Bild unserer Gesellschaft ändern werden. Das beginnt auf der persönlichen Ebene bei jedem und jeder von uns, gilt für Organisationen und Institutionen und endet bei politischen Weichenstellungen, die nötig sind.

Ich will für die verschiedenen Bereiche eine Bestandsaufnahme wagen und daraus Rückschlüsse ziehen, mit welchen Maßnahmen am besten Hürden in unserer Gesellschaft abgebaut werden können.

Wo und wie geschieht Exklusion in unserer Gesellschaft?

Exklusion, also ein Ausschluss, geschieht in unterschiedlichen Lebensbereichen und in unterschiedlicher Intensität. Es lohnt sich deshalb, auf verschiedene Lebensorte zu schauen, warum dort Menschen der Zugang zu wichtigen Bereichen erschwert oder verwehrt wird. Die daraus entwickelten notwendigen Handlungsansätze für eine inklusivere Gesellschaft sind manchmal für die einzelnen Fragestellungen ähnlich oder gleich, können sich aber auch deutlich unterscheiden.

Die Lage wird dadurch verkompliziert, dass die Gründe für unterschiedliche Erfahrungen von Exklusion oft miteinander verschränkt sind und sich zusätzlich gegenseitig verstärken. Plakativ gesprochen: Ein Junge mit einer psychischen Belastung aus einer Flüchtlingsfamilie muss auch mit sprachlichen Problemen kämpfen und wird meistens wirtschaftlich mit schlechteren Bedingungen zurechtkommen müssen. Aus diesem Grund werden seine psychischen Probleme anders zu bearbeiten sein als bei einer Unternehmerintochter, die ebenfalls mit einer psychischen Erkrankung leben muss.

Menschen werden aufgrund verschiedener Mechanismen von einem oder mehreren Teilbereichen unserer Gesellschaft ausgeschlossen. Als wichtige Kriterien zur Beurteilung von Exklusion bieten sich in Deutschland die Fragen dazu an, ob die jeweiligen Personen oder Personengruppen einen Zugang zu Bildung bzw. Erwerbsarbeit haben, ob sie über ein stabiles Netz von Familie bzw. Freundschaften verfügen oder ob eine adäquate und möglichst selbstbestimmte Wohnform gefunden werden kann. Schließlich kann bewertet werden, ob eine Teilnahme an politischen Prozessen und Zugang zu Freizeitmöglichkeiten gewährleistet sind (vgl. Kuhlmann et al., S. 74). Für diese sich gegenseitig verstärkenden Prozesse von Exklusion wurde der Begriff der Intersektionalität geprägt.

Diese sich gegenseitig bedingenden und teilweise verstärkenden Faktoren, die den Zugang zu Teilbereichen der Gesellschaft erschweren können, müssen in die Bewertung und vor allem in die konkrete Bearbeitung der Probleme einbezogen werden.

5.1

Die Verachteten: Exklusion durch Armut

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2021 kommt zu folgenden Zahlen: Ein Haushalt in Deutschland besitzt 2018 durchschnittlich 163.000 Euro. Fast ein Sechstel der Haushalte gab an, über keinerlei Vermögen zu verfügen, knapp 7 Prozent hatten Schulden. Die Hälfte der Haushalte erreichte maximal einen Besitz von 49.000 Euro. Die obersten 10 Prozent der Haushalte vereinten etwa die Hälfte der Vermögen auf sich, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur gut 2 Prozent des Reichtums besaß. Relevante Zuwächse von 2008 auf 2018 konnten im mittleren und oberen Bereich der Vermögenden verzeichnet werden (Bundesregierung 2021, S. 77).

Konzentration von Reichtum

Die Verteilung des Besitzes ist in Deutschland besonders ungleich – und die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer schneller immer größer. Auffällig ist vor allem eine besonders starke Konzentration des Reichtums auf wenige sehr Vermögende. Dies schwimmt etwas in den globaleren Zahlen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, denn es ist so, dass das reichste Promille 20 Prozent des Nettovermögens besitzt. Die 45 reichsten Familien nennen mehr Besitz ihr Eigen als die ärmste Hälfte der Bevölkerung zusammen. Anders formuliert: Die reichsten 45 Familien in Deutschland besitzen mehr als über 40 Millionen Menschen. Dies sind vor allem Familien, die Unternehmen besitzen und ihren Reichtum durch Vererbung zusammenhalten.

Bedingt durch den demografischen Wandel, konzentriert sich immer mehr Kapital auf immer weniger Menschen. Da viele Familien nur noch wenige oder keine Kinder mehr haben, werden die Erbschaften größer, und

Wir leben in einer zerklüfteten Gesellschaft. Durch kleine und große Hürden werden Menschen von wichtigen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen. Das ist ungerecht und gefährlich: Denn oft schwindet bei nicht wahr- oder ernst genommenen Personen auch die Motivation, sich für das große Ganze zu engagieren.

In einer inklusiven Gesellschaft sind strukturelle Hürden so weit wie möglich aus dem Weg geräumt. In der Arbeitswelt, beim Wohnen oder in der Freizeit spielen Herkunft, soziale Schicht oder Behinderung so gut wie keine Rolle mehr. Jochen Mack zeigt auf, wo und wie manchen Menschen unüberwindbare Hindernisse vor die Nase gesetzt werden und wie diese beseitigt werden können.

Dabei ist jeder Beitrag hilfreich – von der individuellen bis zur politischen Ebene. Das Buch macht klar: Eine gerechtere Gesellschaft ist möglich – und konkret umsetzbar. Es bietet einen erweiterten Blick auf die gesellschaftliche Diskussion um Inklusion und gibt ihr neue Impulse.

Jochen Mack (*1969) ist freiberuflicher PR-Berater und Geschäftsführer der einsmehr gGmbH in Augsburg. Der Diplompädagoge und Diplomtheologe sammelte im Zivildienst, in der Jugendarbeit, im Praktikum in Peru und in seiner sechsköpfigen Familie Erfahrungen mit Unterschiedlichkeit.

